
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49872

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

mais aussi manifestent la volonté résolue d'assurer les conquêtes démocratiques et sociales de la révolution contre la bourgeoisie et contre l'autocratie militaire« (février 1919). Ses effectifs triplent presque au cours de l'année 1919 et ses résultats électoraux connaissent une très forte progression en juin 1920. Mais le drame de cette organisation est son manque d'unité. Elle apparaît à Susanne Miller comme »un réservoir collecteur des masses protestataires, auquel le parti ne sut donner que dans de rares circonstances une direction vers un but défini«. Elle est tiraillée entre l'aile droite, qui veut conduire une Révolution allemande indépendante, et l'aile gauche, enflée des nouveaux membres, qu'attire de plus en plus l'exemple de la Russie bolchevique. En octobre 1920, le Congrès de Halle vote le ralliement à la Troisième Internationale et la fusion avec le groupe communiste primitif issu du spartakisme. La minorité rejoindra un peu plus tard le S. P. D., avec Breitscheid et Hilferding, ces deux dirigeants dont un Français n'évoque pas sans honte, la livraison à Hitler par Vichy en juin 1940.

Ce livre apporte donc, dans une bibliographie déjà abondante, un éclairage complémentaire indispensable sur un moment qui importe à l'histoire générale autant qu'à l'histoire allemande. Car au Kremlin Lénine croyait alors à l'imminence de la Révolution mondiale et il comptait au premier chef sur la défection de l'Allemagne, clef de voûte de l'Europe capitaliste. Ce sont ces hommes plus obscurs, d'apparence médiocre, qui ont arrêté son offensive, en même temps qu'ils bloquaient à l'Ouest les vues expansionnistes des nationalistes français; c'est leur résistance efficace qui a contraint la Russie soviétique à se replier sur elle-même pour un quart de siècle.

Pierre BARRAL, Nancy

Jürgen C. HESS, »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart (Klett-Verlag) 1978, 400 S. (Kieler Historische Studien, Bd. 24).

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine Kieler Habilitationsschrift; sie ist aus einer Fragestellung entstanden, die den Autor bereits im Rahmen seiner Dissertation¹ – dort allerdings nur am Rande – beschäftigt hat. Das Manuskript wurde im September 1976 mit dem Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgezeichnet. Heiß' Ziel ist »... einmal systematisch die grundlegenden national- und außenpolitischen Kategorien der Demokraten aufzuhellen und damit an einer wesentlichen Stelle die innenpolitischen Voraussetzungen deutscher Außenpolitik in der Weimarer Republik zu klären ...« (15). Darüber hinaus möchte er unter Hinweis auf die liberale »Legendenbildung« (15) vom friedlichen Liberalismus »... kritisch ... fragen, was denn demokratische Verständigungs- und Friedenspolitik in Wirklichkeit bedeuteten« (15).

¹ Jürgen C. HESS, Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Kieler Historische Studien Bd. 20, Stuttgart 1973.

Heß läßt den Begriff Nationalismus zunächst absichtlich undefiniert und versucht, ihn durch die deskriptive Analyse vor allem der außenpolitischen Zielvorstellungen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) allmählich inhaltlich auszufüllen. Daß er dabei durchweg von »Nationalismus« anstelle von »Nationalbewußtsein« oder »nationalem Denken« spricht, rechtfertigt er mit dem Hinweis auf den in der angelsächsischen Literatur üblichen, weitgehend wertfreien Gebrauch dieser Kategorie. Eine Definition des Begriffs »demokratisch« versucht der Autor nicht; im Verlauf der Untersuchung zeigt sich jedoch, daß er ihn mehrdeutig gebraucht; einmal synonym für »zur Deutschen Demokratischen Partei gehörig«, dann aber auch inhaltlich wertend im Sinne einer Respektierung der Weimarer Verfassungsordnung oder noch weitergehend im Sinne einer ausdrücklichen Bejahung ihrer demokratischen Komponenten. Die Studie beruht auf einer breiten Literatur- und Quellenbasis. Heß hat nicht nur gedruckte Quellen wie Parlamentsreden, liberale Tagespresse und die politische Publizistik der maßgebenden Mitglieder der Partei herangezogen, sondern er hat auch reichhaltiges unveröffentlichtes Quellenmaterial wie Nachlässe, Parteiakten, Wahl- und Werbematerial ausgewertet.

Der Autor hat seine Untersuchung, abgesehen von der Einleitung und der Schlußbetrachtung, in insgesamt fünf Abschnitte gegliedert. Das erste Kapitel, mit »Traumland der Waffenstillstandsperiode« überschrieben, behandelt die politischen Vorstellungen und die psychologische Situation der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei in der Zeitspanne zwischen dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen. Heß konstatiert nach dem Abklingen des ersten Schocks der Niederlage eine Zunahme national gefärbten Vokabulars innerhalb der Partei. Ernst Moritz Arndts Wort aus den Anfängen der deutschen Einheitsbewegung: *Das ganze Deutschland soll es sein*, wird unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgegriffen, und Friedrich Naumann formuliert: *Unsere Niederlage ist nur erträglich, wenn wir den Nationalstaat bekommen*. Neben das Haupt- und Nahziel der Partei, die Erhaltung der Reichseinheit, tritt jetzt als weiteres Ziel die Vollendung des deutschen Nationalstaats durch Anschluß Deutsch-Österreichs. Heß arbeitet heraus, wie sich aus dem Wunsch, die Niederlage zu verdrängen bzw. zu kompensieren, sich gegenüber der Konkurrenz der anderen »nationalen« bürgerlichen Parteien zu behaupten und die Gegensätze in der eigenen, durchaus heterogenen Partei zu überbrücken, ein Klima der Irrealität herausbildet, das eine nüchterne Einschätzung der Situation verhindert. Im zweiten Kapitel wird dann gezeigt, wie es aufgrund dieses Syndroms zur Ablehnung des Friedensvertrags durch die Mehrheit der Partei kommt; nur eine Minderheit erkennt, daß kein Weg an der Annahme vorbeiführt. Im dritten Kapitel skizziert Heß den mühsamen Wandel von der reinen Politik des Protestes zur allmählichen Anerkennung der Politik der Erfüllung hin zur Bejahung der Politik der Verständigung; ein Weg, der von der Ablehnung des Versailler Vertrags über die gespaltene Haltung der Partei beim Londoner Ultimatum, über die Einsicht in die Notwendigkeit, den passiven Widerstand abubrechen und den Dawesplan zu akzeptieren, schließlich zur Unterstützung des Vertrags von Locarno und der weiteren Stresemannschen Außenpolitik führt.

Im Zuge dieser Entwicklung erkennt die Mehrheit der Partei, daß die Einheit des Reiches nicht durch eine Politik der Konfrontation, sondern nur durch Kompromißbereitschaft erhalten werden kann und daß die sogenannte Politik der Erfüllung im Grunde die eigentlich nationale Politik ist. Im vierten Kapitel werden die Divergenzen zwischen den nationalstaatlich orientierten Zielvorstellungen der DDP und der in Versailles geschaffenen territorialen Ordnung im einzelnen behandelt und gezeigt, inwieweit die Partei ihre ursprünglichen Ziele allmählich modifizierte. So ließ sie die zunächst erhobene Forderung nach Revision aller deutschen Grenzen fallen, sie gab den Irredenta-Begriff für die Deutschen jenseits der Reichsgrenzen auf, sie verzichtete auf Elsaß-Lothringen und fand sich mit den kolonialen Regelungen des Friedensvertrags ab. Sie hielt dagegen an der Wiedergewinnung von Saargebiet und Eupen-Malmedy fest, vor allem aber an der Revision der deutschen Ostgrenze und am Anschluß Deutsch-Österreichs und trat außerdem im Hinblick auf die vielen außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen generell für den Ausbau des Minderheitenschutzes ein. Diese Forderungen bilden den harten Kern des Revisionismus der Linksliberalen, an dem sie bei aller Verständigungsbereitschaft im einzelnen prinzipiell festhielten. Im fünften Kapitel wird die Haltung der DDP zu supranationalen Institutionen und Konzepten wie Völkerbund und Pan- und Mitteleuropaplänen analysiert. Den Völkerbund betrachtete die Mehrheit der Partei vorwiegend als Instrument zur Durchsetzung ihrer revisionistischen Ziele, der linke Flügel sah in ihm jedoch zugleich einen notwendigen internationalen Ordnungsfaktor. Heß kommt zu dem Schluß, daß die Deutsche Demokratische Partei sich zwar äußerlich flexibel und verständigungsbereit gegeben habe, daß sie durch das Festhalten am Nationalstaatskonzept im Grund jedoch unbeweglich und zudem ohne Gespür für die internationalen Auswirkungen einer solchen Lösung gewesen sei und Mitschuld trage, daß es in der Weimarer Zeit nicht wirklich zu modernen, d. h. auf supranationalen Prinzipien beruhenden Lösungen in der Außenpolitik gekommen sei.

Die Studie ist insgesamt flüssig und ohne Konzessionen an modisches Vokabular geschrieben; manche Passagen sind allerdings zu breit geraten und ermüden durch Wiederaufgreifen bereits abgehandelter Themen. Die thematische Konzentration auf einen bestimmten Bereich linksliberaler Politik, der dann für die gesamte Weimarer Zeit untersucht wird, ist angesichts einer gewissen Tendenz der Liberalismusforschung, sich einerseits ins Biographische, andererseits in die Untersuchung parteigesichtlicher Details zu verlieren, durchaus zu begrüßen. Allerdings darf man darüber nicht vergessen, daß Fragen der Koalitionsbildung, der Abgrenzung zu den anderen Parteien, der Wirtschaftspolitik und des politischen Strukturwandels der Republik die Partei zumindest genauso beschäftigt haben wie die nationale Problematik. Die Auswahl der innerhalb des Gesamtzusammenhangs behandelten Einzelfragen erscheint überzeugend; man vermißt lediglich ein Kapitel über die Stellung der Partei zur Reichswehr. Struktur und Entwicklung der Reichswehr, deren langjähriger Minister Gessler der DDP angehörte, waren in der Partei nicht unumstritten. Es wäre innerhalb von Heß' Fragestellung sicher ergiebig zu untersuchen, ob und inwieweit die Reichswehr in der DDR als Instrument der Außenpolitik begrif-

fen wurde und inwieweit die geheime Aufrüstung der Armee in der Partei Unterstützung fand.

Nicht glücklich erscheint – trotz der Begründung des Verfassers – der Gebrauch des Begriffs »Nationalismus«, den Heß auf ein Parteienspektrum anwendet, das von der Sozialdemokratie bis zur politischen Rechten reicht, wenn er ihn auch für die Parteien der Weimarer Koalition durch die Ergänzung »demokratisch« einschränkt. Für das allgemeine Sprachgefühl ist dieser Begriff nach wie vor überwiegend negativ besetzt. Die von Heß versuchte Differenzierung zwischen dem »demokratischen Nationalismus« der DDP und dem »rechten Nationalismus« – sowohl die Unterschiede als auch die fließenden Übergänge – ließen sich leichter präzisieren, wenn er für die DDP einen neutraleren Terminus gewählt hätte. Auch der modifizierte Begriff des »demokratischen Nationalismus« überzeugt nicht recht wegen der oben skizzierten Mehrdeutigkeit des Begriffs »demokratisch«. Da er in der Studie nicht nur als Parteibezeichnung, sondern auch inhaltlich wertend verwendet wird, kann er nicht als Gesamtikett dienen, da ja nur eine Minderheit der Partei, wie Heß selbst betont, nationale mit entschieden demokratischen Wertvorstellungen verband.

Die vorwiegend kritische Einschätzung der Politik der Deutschen Demokratischen Partei durch den Autor ist in vielen Details durchaus plausibel. So erscheint es aufgrund seiner Analyse unbestreitbar, daß die Ablehnung des Friedensvertrags eine Flucht vor der Realität war, daß die DDP hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts für Deutsche und Polen zweierlei Maß anlegte und daß sie kein Gespür für die möglichen Auswirkungen eines Anschlusses Deutsch-Osterreichs auf die anderen europäischen Staaten besaß. Unbestreitbar ist auch die Verwandtschaft der national- und außenpolitischen Kategorien eines Teils der Partei, aber eben nur eines Teils, mit dem Denken der politischen Rechten. Hier führt eine Linie von dem von Friedrich Naumann bereits im Kaiserreich verfochtenen Primat der Außenpolitik über den mystisch überhöhten Volkstumsbegriff von Wilhelm Külz und Gertrud Bäumer zur Zustimmung der staatsparteilichen Abgeordneten zu Hitlers außenpolitischer Erklärung vom 17. Mai 1933. Der Vorwurf, daß die Partei insgesamt an einem, wie man allerdings sagen muß, modifizierten Nationalstaatskonzept festhielt und damit die Verwirklichung moderner, d. h. supranationaler Lösungen erschwert habe, ist jedoch ein Vorwurf ex post. Er stammt aus einer Zeit, die nach einem zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit supranationaler Lösungen erkannt hat, sich allerdings bei ihrer Verwirklichung auch noch schwer genug tut. In der Weimarer Epoche war, wie Heß selbst betont, das Denken in nationalen Kategorien noch allgemein gültig. Woher sollte gerade den Linksliberalen, die ohnehin in der Außenpolitik keine besondere Tradition kreativer Ideen besaßen, die Einsicht zur Überwindung dieses Leitbilds kommen? Ob der Anschluß zudem innerhalb der Gegebenheiten der Republik nicht zu erreichen war, wie Heß meint, vermag die Rezensentin nicht zu entscheiden. Niemand kann sagen, wie die doch schon weit fortgeschrittene Revision des Versailler Vertrags sich weiter entwickelt hätte, wenn es nicht zur Weltwirtschaftskrise und zur Machtergreifung des Nationalsozialismus gekommen wäre.

Ungeachtet der hier an manchen Einzelheiten vorgebrachten Kritik handelt

es sich bei Heß' Studie insgesamt um eine auf souveräner Materialkenntnis beruhende, gründliche Aufarbeitung der national- und außenpolitischen Programmatik des parteipolitisch organisierten Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die noch immer ausstehende Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Liberalismus ist damit der Möglichkeit ihrer Verwirklichung um ein großes Stück näher gerückt.²

Konstanze WEGNER, Mannheim

Rüdiger ZIMMERMANN, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf (Droste) 1978, 307 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 62).

Die am weitesten links stehende Gruppierung, die sich an einer Reichstagswahl in der Weimarer Republik beteiligte, war der »Leninbund«, der unter der Bezeichnung »Linke Kommunisten« bei der Wahl von 1928 allerdings nur 80 000 Stimmen und kein Mandat erhielt. Über diese Gruppe und ihre Entwicklung liegt mit der Dissertation von Rüdiger Zimmermann erstmals eine umfassende Darstellung vor.

Der Autor untersucht »Werde- und Verfallsprozeß« der linken Kommunisten in Deutschland, ihre Entstehung als oppositionelle Gruppe innerhalb der KPD, die Entwicklung der Organisation des »Leninbundes« und deren Zerfall. Freilich handelt es sich bei der Arbeit von Zimmermann keineswegs nur um die Beschreibung einer kommunistischen Sekte, vielmehr will Zimmermann das Problem der Gruppenbildung inner- und außerhalb der »monolithischen« kommunistischen Partei überhaupt ansprechen, die Hinausdrängung oppositioneller Richtungen verdeutlichen und deren Möglichkeiten als »leninistische« Organisationen untersuchen. Mit dieser Fragestellung konnte der Autor einerseits eine sehr gute Darstellung des Leninbundes, seiner Politik, Organisation und Problematik vorlegen, andererseits die Thematik des Linkskommunismus generell erörtern, paradigmatisch sogar Fragen der Loslösung der Opposition von der Mutterorganisation erklären.

Zimmermann hat mit seiner sehr gut lesbaren Untersuchung über den Linkskommunismus in der Weimarer Republik eine wesentliche Forschungslücke geschlossen. Während es seit Jahren Arbeiten über die rechtskommunistischen Gruppen gibt¹ und die wissenschaftliche Aufarbeitung der kommunistischen Bewegung in Deutschland sichtlich vorangekommen ist, fehlte bisher eine Dar-

² Zum gegenwärtigen Stand der Forschung vgl. Konstanze WEGNER, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik. Literaturbericht, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 4, Heft 1, S. 120–137.

¹ Vgl. K.-H. TJADEN, *Struktur und Funktion der »KPD-Opposition«*. Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.